

4576/AB XX.GP

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Moser, Freundinnen und Freunde haben am 18. September 1998 unter der Nr. 4910/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Frauenanteil in der Verkehrsplanung gerichtet.
Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3:

Um die Bedeutung und Notwendigkeit der Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen bei der Verkehrsplanung ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu rufen, habe ich am 11. März 1998 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr die Veranstaltung "Frauen als Verkehrsteilnehmerinnen: Fremdkörper oder Hoffnungsträgerinnen" durchgeführt. Ziel dieser Veranstaltung war, die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, die bei der Verkehrsplanung zu berücksichtigen sind, einzubringen, notwendige Änderungen aufzuzeigen und erforderliche Maßnahmen zu benennen.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr wurde auch die Einrichtung eines Frauenbeirates im Verkehrsministerium mit 1. Jänner 1999 vorbereitet, dessen Aufgabe es sein wird, die spezifischen Anliegen von Frauen in der Verkehrsplanung aufzuzeigen und entsprechende Empfehlungen abzugeben.

Der Frauenbeirat im Verkehrsministerium soll in offizielle Begutachtungsverfahren bei legistischen, planerischen, ökonomischen, organisatorischen Maßnahmen und Konzepten sowie bei Förderungsprogrammen eingebunden werden, soll Vorschläge hinsichtlich erforderlicher Studien, Gesetzesänderungen etc. einbringen und eigene Projekte durchführen, ein Vorschlagsrecht für Nominierungen in institutionelle verkehrspolitische Entscheidungsgremien (z.B. Verkehrssicherheitsbeirat) haben und den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr bei verkehrspolitischen Entscheidungen beraten.

In diesem Beirat sollen ausschließlich Frauen vertreten sein. Folgende Institutionen sollen Mitglieder entsenden:

Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (2), Bundeskanzleramt/Sektion VII (2), Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales/Arbeitsinspektorat (1), Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie/Sektion Familie (1), Bundesministerium für Justiz (1), Bundesministerium für Inneres (1), Verbindungsstelle der Bundesländer (1), Städte - und Gemeindebund (1), Wiener Umweltanwaltschaft (1), VCÖ (1), ARBÖ (1), ÖAMTC - Akademie (1), Kuratorium für Verkehrssicherheit (1), Bundesarbeitskammer (1), Wirtschaftskammer (1), UN - International Council of Women (1).

Weiters wird eine Untersuchung zur Vermeidung von Begleitverkehren für Kinder anhand der Modellgemeinde Pötsching im Burgenland durchgeführt werden.

Gegenstand der Studie ist die Frage, wie Begleitverkehre vermieden werden können und die Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes für ein Pilotprojekt.

Zu Frage 2.:

Der Frauenbeirat im Verkehrsministerium wird, um die ihm gestellten Aufgaben erfüllen zu können, als ersten Arbeitsschritt einen Kriterienkatalog erarbeiten, anhand dessen er dann die oben genannten verkehrspolitischen Maßnahmen und Konzepte überprüft.

Frage 4:

In dem Frauenbeirat im Verkehrsministerium wird, wie bereits ausgeführt, auch die Verbindungsstelle der Bundesländer vertreten sein. Damit ist gewährleistet, daß die Bundesländer über die Beratungsergebnisse, Empfehlungen, Vorschläge etc. informiert werden.